

Fortführung des „Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ in der 9. Legislaturperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit dankt allen Engagierten und Akteuren für ihr Eintreten für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt. Das zivilgesellschaftliche Engagement, das in den zurückliegenden Jahren unter teils schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen geleistet wurde, verdient besondere Anerkennung. Der Beirat spricht den haupt- und ehrenamtlich Tätigen, sowie den geförderten Trägern und Projekten seinen ausdrücklichen Dank und seine Wertschätzung aus.
2. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat in der zurückliegenden Legislaturperiode erneut einen wichtigen Beitrag geleistet, die demokratische Kultur im Land Sachsen-Anhalt zu stärken. Gemeinsam haben Landesregierung, Kommunen und Zivilgesellschaft das Programm mit Leben gefüllt. Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation hat die Breite und Wirksamkeit des Programms bestätigt: In sechs Förderbereichen wurden zahlreiche Projekte umgesetzt, die Demokratiebildung, Radikalisierungsprävention, Medienkompetenz, Kinder- und Jugendbeteiligung sowie interkulturelle Begegnung adressierten. Die geförderten Projekte haben nachweislich landesweite-, regionale- sowie lokale Austausch- und Begegnungsräume geschaffen, langfristige Kooperationen mit Regelstrukturen aufgebaut und zur Stärkung demokratischer Allianzen beigetragen.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Beirat ausdrücklich dafür aus, das Landesprogramm in der 9. Legislaturperiode fortzuführen, strukturell und finanziell zu stärken und inhaltlich weiterzuentwickeln.

3. Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt verdeutlichen die Notwendigkeit einer dauerhaften und verlässlichen Demokratieförderung. Die Zahlen der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) zeigen insbesondere im Bereich PMK-rechts weiterhin hohe Fallzahlen und eine hohe Gewaltorientierung. Rechtsextreme Straftaten stellen nachweislich die größte Herausforderung dar. Daneben stellen auch linksextremistische und islamistische Straftaten sowie entsprechende extremistische Bestrebungen weiterhin eine sicherheitspolitische Herausforderung dar und bedürfen einer zielgerichteten Präventionsarbeit. Gleichzeitig weisen aktuelle politische Einstellungsstudien auf eine verbreitete Unzufriedenheit mit demokratischen Institutionen, ein sinkendes Vertrauen in politische Wirksamkeit sowie eine hohe Verbreitung von Vorurteilen und demokratiekritischen Einstellungen hin. In den letzten Jahren geraten demokratisch Engagierte, kommunale Verantwortungsträger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend unter Druck. Einschüchterungen, Anfeindungen und gezielte Kampagnen gegen demokratische Akteure gefährden vielerorts den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Kultur im Land. Die demokratische Zivilgesellschaft benötigt daher verlässliche Rahmenbedingungen, langfristige Förderung sowie einen sichtbaren politischen Rückhalt.
4. Folgende Schwerpunkte sind daher aus Sicht des Beirates bei der Fortschreibung des Landesprogramms besonders zu berücksichtigen:
 - **Stärkung der Resilienz demokratischer Institutionen und Strukturen:** Die Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Fachkräfte gegenüber antidemokratischen Angriffen und Einschüchterungsversuchen ist gezielt zu stärken. Einrichtungen und Mitarbeitende sind durch die Entwicklung und Umsetzung von Schutzkonzepten vor Anfeindungen und Angriffen zu schützen. Strukturierte Netzwerkarbeit, etwa durch Best-Practice-Sammlungen, gemeinsame Sichtbarkeitsstrategien, fachlichen Strategienaustausch und die Bündelung vorhandener Ressourcen, ist als Bestandteil der Projektarbeit weiter zu fördern.

- **Ländlicher Raum, schwer erreichbare Zielgruppen und Prävention:** Regionen mit besonderem Bedarf im ländlichen Raum sind zu identifizieren und durch gezielte, niedrigschwellige Angebote zu fördern. Demokratische Begegnungsorte, lokale Netzwerke und zivilgesellschaftliche Initiativen benötigen gerade in strukturschwachen Regionen langfristige Unterstützung und Schutzräume. Die erschwerte Erreichbarkeit skeptischer und schwer zugänglicher Zielgruppen ist in Projektplanung und -umsetzung einzuplanen und als fachliche Leistung anzuerkennen. Ergänzend zu bestehenden Distanzierungsangeboten sind radikalierungsgefährdete Personen mit zielgruppengerechten Präventionsangeboten anzusprechen. Insbesondere kleinere Träger und Initiativen sind durch geeignete Unterstützungsangebote bei der Professionalisierung ihrer Arbeit zu fördern, etwa in den Bereichen Zielgruppenerreichung, Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsentwicklung.
- **Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit:** Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist angesichts der beschriebenen Ausgangslage konsequent auszubauen. Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene sind langfristig abzusichern. Spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote für von Diskriminierung und Gewalt betroffene Personen sind auszubauen und langfristig abzusichern. Diese Angebote müssen ausreichend Zeit für Vertrauensaufbau, Stabilisierung und Empowerment ermöglichen. Die Expertise und Erfahrungen von Migrantenorganisationen und islamischen Gemeinden sind dabei einzubeziehen. Die Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus ist in enger Kooperation mit dem Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und den jüdischen Gemeinden zu stärken. Systematische Qualifizierungsangebote für Unternehmen, Kommunen und Kultureinrichtungen zur Sensibilisierung für demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen sowie zur frühzeitigen Prävention und zum professionellen Umgang mit entsprechenden Herausforderungen sind auszubauen.
- **Demokratiebildung und Transfer in Regelstrukturen:** Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Demokratiebildung ist in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung verstärkt zu verankern. Angesichts festgestellter Lücken in der historischen Bildung und demokratischen Wertevermittlung – insbesondere bei jungen Menschen – sind Angebote der historisch-politischen Bildung zu stärken. Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte, dem SED-Unrecht und aktuellen Erscheinungsformen des Extremismus muss frühzeitig und altersgerecht erfolgen und fester Bestandteil lebenslanger Demokratiebildung sein. Kooperationen zwischen Projekten, Verwaltungen, Schulen und anderen Regelstrukturen sind systematisch auszubauen
- **Digitaler Raum und Medienkompetenz:** Angebote der Prävention im digitalen Raum sind systematisch auf- und auszubauen. Medienkompetenz, digitale Demokratiebildung sowie die Prävention gegen Hass im Netz, Desinformation, Verschwörungsnarrative sind angesichts zunehmender digitaler Radikalisierungsdynamiken und digitaler Gewalt deutlich zu stärken. Medienkompetenz muss fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in Bildung, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung werden.
- **Steuerung, Sichtbarkeit und politischer Rückhalt:** Das Landesprogramm bedarf eines klar herausgestellten politischen Rückhalts der Landesregierung sowie gesteigerter Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und innerhalb der Verwaltung. Die ressortübergreifende Koordinierung in der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAK) ist zu nutzen, um Steuerung, Verankerung und Bekanntheit des Landesprogramms in der Landesverwaltung zu stärken. Die Rolle des Beirats als gesellschaftlicher Impulsgeber und Plattform sektorübergreifender Kooperation ist weiter zu stärken. Hierzu sind Arbeitsgruppen, Fachdialoge und weitere geeignete Beteiligungsformate zu nutzen. Der Austausch zwischen Beirat, Trägern und weiteren Akteuren der Demokratieförderung ist systematisch auszubauen und die Rückkopplung von Erfahrungen aus der Praxis in die Programmsteuerung zu fördern. Die inhaltliche Koordinierung mit Bundesprogrammen ist fortzusetzen und weiterhin an den Bedarfen des Landes auszurichten. Eine gesetzliche Verankerung der Demokratieförderung ist zu prüfen, um Planungssicherheit für Träger und dauerhafte Strukturen zu gewährleisten. Die Programmziele sind zu

straffen und zu strukturieren – etwa durch Abgrenzung übergeordneter Leitziele und mittelfristig erreichbarer Wirkungsziele – und partizipativ weiterzuentwickeln.

Die genannten Schwerpunkte sind bei einer Fortschreibung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit nach der Landtagswahl besonders zu berücksichtigen, um die künftige Arbeit erfolgreich gestalten zu können.